



Niederschrift

über die
4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung
am 10.01.2008
in Bremervörde, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Volker Kullik	
Abg.e Doris Brandt	Vertretung für Abgeordneten Bernd Wölbern
Abg. Reinhard Brünjes	Vertretung für Abgeordneten Reinhard Frick
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	
Abg. Dr. Peter Fröhlich	
Abg. Erich Gajdzik	Vertretung für Abgeordneten Rolf Lüdemann
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley	Vertretung für Abgeordneten Rudolf Kahrs
Abg. Rolf Hüchting	
Abg. Klaus Mangels	
Abg. Angelus Pape	
Abg. Karlheinz Poredda	Vertretung für Abgeordneten Bernd Petersen
Abg. Helmut Ringe	Vertretung für Abgeordnete Barbara Frömming
Abg. Reinhard Trau	

Nichtabgeordnete

Herr Reinhold Becker
Herr Werner Burkart

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
Erster KR Dr. Torsten Lühring
Herr Jürgen Cassier
Herr Helmut Neiß
Frau Katrin Peters
Herr Rainer Meyer

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 08.11.2007
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Raumordnungsverfahren zur Planung der Küstenautobahn A 22
Vorlage: 2006-11/0384
- 6 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 7 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Kullik eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 08.11.2007**

Die Niederschrift über die 3. Sitzung am 08.11.2007 wird einstimmig (6 Stimmenthaltungen) genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster Kreisrat Dr. Lühring berichtet wie folgt:

1. Zum Raumordnungsverfahren für die geplante Erdgasleitung von Greifswald nach Achim habe man seitens der Verwaltung eine Stellungnahme abgegeben. Gegen das Vorhaben würden aus Landkreissicht keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.
2. Die Verordnung zum neuen Landes-Raumordnungsprogramm sei von der Landesregierung beschlossen worden und werde voraussichtlich Ende Januar 2008 in Kraft treten.

3. Das Thema „Kommunalverbund Bremen/Niedersachsen“ werde in der Ausschusssitzung am 21.05.2008 behandelt. Die Geschäftsführerin des Kommunalverbundes habe eine Teilnahme an der Sitzung zugesagt.

Anschließend stellt **Erster Kreisrat Dr. Lühring** den Ausschussmitgliedern Frau Katrin Peters, Assessorin der Landespflege, als neue Mitarbeiterin im Amt für Naturschutz und Landschaftspflege vor.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Raumordnungsverfahren zur Planung der Küstenautobahn A 22**
Vorlage: 2006-11/0384

Landrat Luttmann erinnert daran, dass es für die geplante A 22 bereits 1978 ein Raumordnungsverfahren gegeben habe. Das Verfahren sei eingestellt worden, nachdem der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 1980 das Vorhaben nicht mehr ausgewiesen habe. Anstelle der Küstenautobahn sei die A 20 als Nord-West-Umfahrung von Hamburg (sog. „Krause-Bogen“) in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Zusammen mit den anderen Landkreisen des Elbe-Weser-Dreiecks und der Region Weser-Ems sowie den Industrie- und Handelskammern habe sich der Landkreis Rotenburg (Wümme) weiterhin für die A 22 stark gemacht. Im Dezember 2000 sei eine entsprechende Resolution an die Bundesregierung vom Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen worden. Nach Aufnahme der Küstenautobahn in den Bundesverkehrswegeplan 2003 habe sich der Landkreis an den Kosten der Planungsunterlagen beteiligt. Dies sei in der Erwartung geschehen, dass neben den Fixpunkten Wesertunnel und Elbequerung auch die Nordumgehung von Bremervörde bei der Linienführung berücksichtigt werde. Vom Grundsatz her habe man in der Vergangenheit immer für eine Trassenführung plädiert, die möglichst dicht an Bremervörde vorbei führe. Er bitte, diese grundsätzliche Entscheidung nicht in Frage zu stellen.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass der Landkreis für die Abgabe der Stellungnahme eine Fristverlängerung bis zum 08.02.2008 erhalten habe. Die vorliegenden Stellungnahmen im Bereich der Samtgemeinde Geestequelle sowie die Stellungnahmen der betroffenen Ortsräte im Bereich der Stadt Bremervörde seien als Tischvorlage verteilt worden. Die Beratung in den Gremien der Stadt Bremervörde stehe noch aus. Sofern es dabei zu einer wesentlichen Abweichung von der vorgesehenen Stellungnahme des Landkreises komme, schlage er vor, dass der Fachausschuss vor dem Kreisausschuss am 07.02.2008 erneut zusammen trete. Im Übrigen scheine im Nachbarlandkreis Stade die Variante Ost 1 favorisiert zu werden. Zumindest die dortige Kreisverwaltung spreche sich für diese Trasse aus.

Im folgenden wird der Entwurf der Stellungnahme des Landkreises (Stand 18.12.2007) beraten. Zu den einzelnen Absätzen wird folgendes besprochen:

Absätze 1 und 2 (Grundsätzliche Position zur Küstenautobahn A 22):

Der **Abgeordnete Hüchting** trägt vor, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Küstenautobahn aus grundsätzlichen Erwägungen ablehne. Die Fraktion habe eine alternative Stellungnahme erarbeitet und beantrage, diese Stellungnahme im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung zu beschließen. Die Küstenautobahn sei mit den Erfordernissen des Klimaschutzes nicht zu vereinbaren. Sie habe negative Auswirkungen auf die Hafenwirtschaft, weil sie mit der Schifffahrt in Konkurrenz trete. Hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbe an den Anschlussstellen seien die Erwartungen viel zu hoch. Die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe sei bedroht, bedeutende Naturräume und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Tourismus würden zerstört. Zu bedenken sei auch der Verlust an Immobilienwerten. *(Hinweis: Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt).*

Abgeordneter Genter-Mickley sagt, die SPD-Fraktion spreche sich grundsätzlich für die A 22 aus. Es bestehe ein großes Interesse daran, dass die Innenstadt von Bremervörde vom Durchgangsverkehr entlastet werde. Die optimistischen Aussagen im Entwurf der Stellungnahme zu

den wirtschaftlichen Auswirkungen der Küstenautobahn halte er für zu gewagt. Längerfristig sei jedoch eine positive Entwicklung möglich.

Abgeordneter Brünjes meint, die Entwicklung von Gewerbe in Nähe der Autobahnabfahrten hänge davon ab, ob eine gezielte Ansiedlungspolitik betrieben werde. Einer Trassierung der Küstenautobahn im südlichen Korridor stimme er grundsätzlich zu. Der Nordkreis nehme damit zwar Lasten und Transitfunktionen auf sich, obwohl ein sofortiger Gegenwert nicht entstehe. Man müsse jedoch bedenken, dass die Autobahn eine Investition für die Zukunft sei.

Der **Abgeordnete Gajdzik** ist der Auffassung, dass die Küstenautobahn eine einmalige Chance für die Region sei. Der Bau von Verkehrsinfrastruktur verbessere die Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung. Für geeignete Ausgleichsmaßnahmen und Lärmschutz sei Sorge zu tragen. Die Menschen, die durch den Bau der A 22 beeinträchtigt würden, müssten Abfindungen erhalten.

Der **Abgeordnete Dr. Fröhlich** weist darauf hin, dass die Lagegunst zu einer leistungsfähigen Straßeninfrastruktur ein vorrangiges Kriterium für die Standortwahl von Unternehmen sei. Da Deutschland ein Technologie- und Logistikland sei, mache der Bau der Küstenautobahn volkswirtschaftlich Sinn.

Dass die Entscheidung für die Küstenautobahn von großer Tragweite sei, wird auch vom **Abgeordneten Poredda** herausgestellt. Er ist jedoch der Auffassung, dass die Belange der vor Ort lebenden Menschen in der Abwägung das größte Gewicht haben müssten.

Ausschussvorsitzender Kullik stellt fest, dass die ersten beiden Absätze im Entwurf der Stellungnahme des Landkreises insbesondere vom Abgeordneten Hüchting nicht mitgetragen werden. Auf Vorschlag von **Landrat Luttmann** verständigt sich der Ausschuss darauf, über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen am Ende der Beratung abzustimmen.

Absatz 3 (Vergleich Ost 1 / Ost 2):

Abgeordneter Brünjes fragt nach der Bedeutung des FFH-Gebietes Hohes Moor. Er habe den Eindruck, dass diesem Bereich in der Abwägung zu hohes Gewicht beigemessen werde. **Forstoberrat Cassier** weist darauf hin, dass die Variante Ost 1 in unmittelbarer Nähe des Hohen Moores verlaufe. Die Vorzugsvariante (Ost 2) sei der Variante Ost 1 aus Naturschutzsicht vorzuziehen. **Diplom-Ingenieur Neiß** verdeutlicht anhand eines Auszuges aus dem Landschaftsrahmenplan, dass die Variante Ost 1 auch zu einer stärkeren Beeinträchtigung der Osteniederung führe, weil im Gegensatz zur Vorzugsvariante mehrere besonders geschützte Biotope im Bereich südlich Nieder Ochtenhausen in Anspruch genommen würden.

Der **Abgeordnete Gajdzik** weist darauf hin, dass die Variante Ost 1 in stärkerem Maße die Ortschaft Elm beeinträchtige. Ein Teil des Dorfes würde von der übrigen Ortschaft getrennt. Der **Abgeordnete Hüchting** sagt, der Ort Elm werde durch den Bau der Küstenautobahn erhebliche Verkehrszunahmen in Kauf nehmen müssen. Er werde von Verkehr durchfahren, der von der Küstenautobahn zur A 1 wechsele. Dies wird vom **Abgeordneten Trau** bezweifelt. Er glaube nicht, dass ein starker Querverkehr von der A 22 zur A 1 durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) entstehe.

Absatz 4 (Entlastung der Ortsdurchfahrten):

Der wichtigste Aspekt bei der Planung der A 22, so der **Abgeordnete Genter-Mickley**, sei die Entlastung der Ortsdurchfahrt von Bremervörde. Daher müsse die Landesstraße 114 ein leistungsfähiger Zubringer zur Autobahn sein. Die Linienführung der Landesstraße müsse gegebenenfalls verändert werden. Es sei dafür Sorge zu tragen, dass der zusätzliche Verkehr auf der L 114 die Anwohner nicht belaste. In Ergänzung zur Planung der Küstenautobahn seien Regelungen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs in Bremervörde erforderlich.

Abgeordneter Gajdzik sagt, der Ortsrat Bremervörde-Elm habe sich am 11.12.2007 intensiv mit den Auswirkungen der geplanten Küstenautobahn befasst und der Vorzugsvariante (Ost 2) unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt. Die Anbindung der Anschlussstelle A 22/L 114 an die B 74 dürfe nicht zu erheblichen Nachteilen oder Beeinträchtigungen für die Bürger der Ortschaft Bremervörde-Elm führen. Die „Spange“ müsse östlich der heutigen Einmündung L 114/B 74 an die B 74 angebunden werden. Er beantrage, die Stellungnahme des Landkreises entsprechend zu ergänzen. In Absatz 4 sei im 3. Satz auch die Ortsdurchfahrt von Elm aufzuführen. An den Absatz sei folgender Text anzufügen: *„Die Spange muss östlich der heutigen Einmündung L 114 / B 74 an die B 74 angebunden werden. Wegen des hier vorgesehenen Gewerbegebiets muss die weitere Planung in enger Abstimmung mit der Stadt Bremervörde erfolgen.“*

Abstimmung:

Der Antrag des **Abgeordneten Gajdzik** wird einstimmig (2 Enthaltungen) angenommen.

Absatz 5 (Hönau-Lindorf):

Abgeordneter Brünjes trägt vor, dass der Ortsrat von Hönau-Lindorf sich intensiv mit der Thematik befasst habe. Von allen Ortschaften entlang der Vorzugstrasse im Elbe-Weser-Raum sei Hönau-Lindorf am stärksten betroffen. Er habe den Eindruck, dass die Straßenbauverwaltung es sich zu einfach gemacht habe. Trassenalternativen in der Umgebung seien nicht hinreichend untersucht worden. Er beantrage, die Stellungnahme des Landkreises durch folgenden Text zu ergänzen:

„Die Lärm- und Feinstaubemissionen sind so weit abzumildern, dass Gefahren, Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Bevölkerung ausgeschlossen werden. Durch orts- und landschaftsverträglich herzustellende Lärmschutzeinrichtungen ist eine Beeinträchtigung des Landschafts- und Ortsbildes so weit wie möglich abzumildern.

Die zu einer starken Trennwirkung führende Querung der Ortschaft ist durch bauliche und gestalterische Maßnahmen so ortsverträglich wie möglich zu gestalten. Da die bestehende K 105 zur Erschließung der benachbarten Grundstücke weiterhin planeten erforderlich ist, müsste der Bund notwendigerweise die Kosten einer Verlegung der Kreisstraße tragen.

Bei diesem massiven und beispiellosen Einschnitt durch die Ortschaft wird erwartet, dass weitere Trassenalternativen in der Umgebung hinreichend untersucht werden.“

Der **Abgeordnete Hüchting** hält diesen Vorschlag für bedenklich. Damit übernehme der Landkreis die Wünsche eines Orsrates, obwohl in seiner Stellungnahme übergeordnete raumordnerische Aspekte im Vordergrund stehen müssten. Außerdem bedeute dies eine Trassenverschiebung zu Lasten der Ortschaft Mehedorf.

Abgeordneter Brünjes sagt, er wolle die Trasse der Küstenautobahn nicht den Nachbarorten zuschieben. Es gehe ihm darum, die Beeinträchtigungen für die Menschen vor Ort möglichst gering zu halten. Dies müsse auch das Ziel der Autobahnplaner sein.

Abstimmung:

Der Antrag des **Abgeordneten Brünjes** wird einstimmig (2 Enthaltungen) angenommen.

Absatz 6 (Hipstedt / Barchel):

Zur Trassenführung im Bereich der Gemeinde Hipstedt teilt **Abgeordneter Poredda** mit, dass sich die Gemeinde gegen die von der Straßenbauverwaltung ermittelte Vorzugsvariante ausspreche. Durch sie würden die Bürger von Hipstedt-Dorf erheblich beeinträchtigt und wertvolle landwirtschaftliche Ländereien verschiedener Betriebe zerschnitten. Die Belange von Hipstedt-Dorf seien in den Planunterlagen falsch gewichtet worden. Die Gemeinde Hipstedt spreche sich für die Variante 437 aus und schlage vor, diese mit einem optimierten Verlauf einzuplanen, um einen größeren Abstand zum Campingplatz und zur Ortschaft Barchel zu erhalten. Die Vorteile dieser Linienführung werden vom **Abgeordneten Poredda** anhand einer Karte erläutert. Er bittet den Ausschuss um Unterstützung für diesen Vorschlag.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden beantragt **Abgeordneter Poredda**, den Absatz 6 im Entwurf der Stellungnahme des Landkreises durch die Stellungnahme der Gemeinde Hipstedt vom 18.12.2007, Kapitel 3.2.4 ff., zu ersetzen.

Der **Abgeordnete Ringe** ist der Auffassung, dass im Bereich der Samtgemeinde Geestequelle vor allem die Gemeinde Oerel von der Küstenautobahn betroffen sei. Um den Eingriff abzumildern, fordere die Gemeinde unter anderem, die geplante Anschlussstelle an der B 495 in Richtung Ebersdorf zu verschieben und die Autobahn im Bereich der Kreisstraße 116 so tief wie möglich zu legen. Angesichts der uneinheitlichen Meinungen im Samtgemeinderat und den betroffenen Gemeinderäten bitte er, seitens des Landkreises keine Wertung vorzunehmen und die Prüfung der unterschiedlichen Belange dem Planungsträger zu überlassen.

Abgeordneter Mangels schlägt vor, für den Bereich der Samtgemeinde Geestequelle mögliche Trassenalternativen zu prüfen. Er beantragt, an den Absatz 6 der Landkreis-Stellungnahme folgenden Satz anzufügen: „*Es wird erwartet, dass weitere Trassenalternativen in der Umgebung hinreichend untersucht werden.*“

Die **Abgeordnete Brandt** und **Herr Becker** weisen darauf hin, dass die von der Gemeinde Hipstedt favorisierte Variante 437 untersucht und insbesondere aus naturschutzfachlichen Gründen zurückgestellt worden sei.

Abstimmung:

Der Antrag des **Abgeordneten Poredda** wird mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag des **Abgeordneten Mangels** wird einstimmig (3 Enthaltungen) angenommen.

Der **Abgeordnete Ringe** beantragt, in die Stellungnahme eine Formulierung aufzunehmen, wonach die optimale Anschlussstelle an der B 495 unter Berücksichtigung der Belange der dort vorhandenen landwirtschaftlichen Hofstellen zu prüfen sei.

Abstimmung:

Der Antrag des **Abgeordneten Ringe** wird einstimmig (2 Enthaltungen) angenommen.

Hinweise und Anregungen:

Abgeordneter Ringe betont, der baubedingte Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen dürfe nicht durch die Bereitstellung naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen verstärkt werden. Innerhalb der Gemeinde Oerel sollten keine Ausgleichsflächen festgelegt werden. **Forstoberrat Cassier** weist darauf hin, dass der Landkreis als Suchräume für Kompensationsmaßnahmen die Geestenederung bei Heinschenwalde und das Hohe Moor bei Basdahl vorschlage.

Herr Becker schlägt vor, im Bereich der Osteniederung geeignete Wechsellmöglichkeiten für den Fischotter sicherzustellen. **Forstoberrat Cassier** sagt, derartige Maßnahmen würden im späteren Planfeststellungsverfahren festgelegt.

Der **Abgeordnete Genter-Mickley** beantragt, in die Stellungnahme eine Anregung aufzunehmen, wonach in Ergänzung zur Planung der Küstenautobahn A 22 über Maßnahmen nachzudenken sei, in wie weit die Innenstadt von Bremervörde verstärkt vom Durchgangsverkehr entlastet werden könne.

Abstimmung:

Der Antrag des **Abgeordneten Genter-Mickley** wird einstimmig (1 Enthaltung) angenommen.

Abgeordneter Brünjes sagt, der Ausschussvorsitzende Kullik habe darum gebeten, zur Sache Stellung nehmen zu können. Dagegen bestünden aus seiner Sicht keine Bedenken.

Ausschussvorsitzender Kullik erklärt, er könne der Stellungnahme des Landkreises in weiten Teilen zustimmen, mit dem grundsätzlichen Teil habe er jedoch Probleme. Das Elbe-Weser-Dreieck solle nach seiner Auffassung als großflächiger, weitgehend unzerschnittener Raum bestehen bleiben. Die Planung der A 22 werde seit Jahrzehnten betrieben, allein dieser Zeitraum verdeutliche, dass die Planung sich überlebt habe und keine Antwort auf die Verkehrsprobleme von heute sei. Das Geld für die Autobahn fehle für den Ausbau des ÖPNV. Die verkehrsentlastenden Effekte der A 22 seien äußerst fraglich. Ganze Dörfer würden ihre Identität verlieren. Er bitte um Verständnis, dass er aus den vorgenannten Gründen der Stellungnahme des Landkreises insgesamt gesehen nicht zustimmen werde.

Abstimmung zum Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.01.2008:
Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die anliegende Stellungnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Raumordnungsverfahren für die geplante Küstenautobahn A 22 wird – unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzungen - beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	0

Abgeordneter Poredda erklärt, er habe gegen den Beschlussvorschlag gestimmt, weil das Schutzgut „Mensch“ bei der Planung der A 22 nicht ausreichend berücksichtigt werde.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Anfragen**

Ausschussvorsitzender Kullik plädiert dafür, vor der nächsten Sitzung des Ausschusses am 21.05.2008 eine Bereisung durchzuführen.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 7 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Kullik schließt um 17.00 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer